

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten **Fritz Gurgiser, Thomas Schnitzer**

betreffend: **Kosten- und Nutzen-Berechnung der Anträge des Tiroler Landtags sowie der Regierungsvorlagen.**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle dringlich beschließen:

Landtagsdirektion
Eingelangt am

28. JAN. 2010

M/110

„Die Anträge an den Tiroler Landtag sind vor der Einbringung einer Kosten-Nutzen-Berechnung zu unterziehen und sind der Begünstigtenkreis, die Auswirkungen auf die betroffenen Einrichtungen sowie die finanziellen Budgetauswirkungen beizugeben. Die Landesregierung wird ersucht, ihre Regierungsvorlagen ebenso einer Kosten-Nutzen-Berechnung zu unterziehen und entsprechend darzustellen“ (vgl. diesbezüglich Bundeshaushaltsgesetz § 14)“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss**, Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung:

Die aktuelle Budgetsituation zeigt, dass sich zur bekannten „Arm-Reich-Schere“ nun seit mehr als einem Jahr eine zusätzliche und für das Gemeinwohl im Bundesland Tirol sehr gefährliche Schere aufgetan hat: **Die Landeseinnahmen sinken, während die Landesaussgaben steigen.** Zurückzuführen nicht auf eine „Wirtschaftskrise“, wie oberflächlicherweise gerne behauptet wird, sondern auf eine schwere nationale und internationale „Systemkrise“, die vor allem durch den Irrweg eines „grenzenlosen Wachstums“ verursacht wurde.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung der MandatsträgerInnen des Tiroler Landtages, diese Schere zu schließen, wenn sie den nächsten Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen wollen, welcher zu einer „nachhaltigen und dauerhaften Steuer- und Abgabenbelastung“ führt, die jeglichen Spielraum für den Erhalt und Aufbau der wirtschaftlichen Existenz – ob im privaten oder betrieblichen Bereich – massiv erschwert oder gar unmöglich macht.

Tirols ArbeitnehmerInnen in Wirtschaft und Industrie in allen Branchen als „Lieferanten“ von Steuern/Abgaben stehen im internationalen Wettbewerb in einer äußerst schwierigen Lage. Die im Binnenmarkt als auch im globalen Markt fehlende Harmonisierung verschiedener Steuern, Abgaben, Auflagen etc. in Verbindung mit weltweit hochsubventionierten Transportkosten (Straße, Schiene, Schiff und Flugzeug) sowie Raubbau an Ressourcen und Arbeitskräften ziehen einen schleichenden Prozess der Auslagerung zahlreicher wertvoller Produktionen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen und entsprechenden Steueraufkommen nach sich.

Im Gegenzug stehen immer mehr finanziell unattraktive Arbeitsplätze in größeren oder kleineren „Shops“ zur Verfügung, die wiederum sozialer Unterstützung bedürfen und die Landesausgaben in die Höhe treiben. Dass in sehr vielen dieser Shops kein einziges Tiroler Produkt mehr angeboten wird, führt nachweislich dazu, dass zu den fehlenden Steuereinnahmen auch noch die Kaufkraft in immer fernere Regionen abfließt und das Bundesland Tirol damit in eine sehr schwierige Situation kommt, der zweifelsfrei gegenzusteuern ist.

Soll das Budget konsolidiert werden und werden keine Neuverschuldungen sondern Schuldenabbau angestrebt, gibt es zu dieser Vorgangsweise keine Alternative. Es ist unlauter, nur zu verlangen, ohne sich den Kopf darüber zu zerbrechen, woher die finanziellen Mittel kommen, wen sie heute und in Zukunft belasten und welche Auswirkungen sie auf die Budgetgestaltung der nächsten Jahre haben.

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich aus der den Damen und Herren Abgeordneten bekannten Budgetsituation und wird daher nicht näher ausgeführt.

Die Zielsetzung dieses Antrages:

Keine Neuverschuldung, sondern **Schuldenabbau** sowie effizienter Einsatz öffentlicher Mittel nach den **Grundsätzen** insbesondere der **hohen Beschäftigungswirksamkeit** sowie der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Rechtmäßigkeit.

Innsbruck, am 28. Jänner 2010

Kurt Grunzinger
Schul